

## Armut in Deutschland



Armut an Bildung, Teilhabe und Perspektive.

### Söder: Rot-Grün ist an neuer Armut schuld

**CSU-Generalsekretär nennt Studie "peinlich" für SPD / Wohlfahrtsverbände fordern**

ddp **höheren Hartz-IV-Regelsatz**

Johannes Gernert und Daniela Vates



BERLIN. In der Debatte um die neue Unterschicht hat CSU-Generalsekretär

Markus Söder dem Koalitionspartner SPD vorgeworfen, für "einen Großteil der neuen Armut" in Deutschland verantwortlich zu sein. "Sieben Jahre Rot-Grün haben zu Massenarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit vieler Menschen geführt", sagte Söder der Berliner Zeitung. Es sei deshalb peinlich für die SPD, dass ausgerechnet die ihr nahe stehende Friedrich-Ebert-Stiftung ihr den Spiegel vorhalte und sie "mit der bitteren Wahrheit über die Unterschicht in Deutschland konfrontiert".

Söder forderte indirekt eine Absenkung der Bezüge aus Hartz IV. Hartz IV sei bereits ein Mindestlohn. "Weil er so hoch ist, fehlt manchen die Motivation zur Arbeit", sagte der Generalsekretär. "Wer das Armutsproblem bekämpfen will, muss Hartz IV reformieren", sagte der Generalsekretär. Die SPD müsse sich dem stellen, statt nach einem Mindestlohn zu schreien. "Hartz IV wird zur Lebenslüge der SPD", sagte der CSU-Generalsekretär. Die Nationale Armutskonferenz forderte dagegen gestern eine Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes um 20 Prozent. Hans-Jürgen Marcus, Sprecher dieses Zusammenschlusses von Wohlfahrtsverbänden, nannte die Hartz-IV-Gesetze als Ursache für die zunehmende Armut in Deutschland, besonders bei Kindern. Auch die Diakonie schloss sich der Forderung nach einem höheren Regelsatz an. "Wir sind für eine moderate Erhöhung. Ob es 20 Prozent sein müssen, hängt auch davon ab, wie man es finanziert", sagte der sozialpolitische Sprecher Bernd Schlüter dieser Zeitung. Die Caritas ist nicht für eine generelle Anhebung. Belastungen durch Mehrwertsteuererhöhung und Gesundheitsreform müssten aber ausgeglichen werden, verlangte Generalsekretär Georg Cremer.

Eine Anfang dieser Woche veröffentlichte Studie des Instituts berlinpolis stellt fest, dass Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern relativ viel

Geld in die soziale Sicherung investiert, damit aber recht wenig erreicht. Bei den Bildungs- und Ausbildungschancen und beim Zugang zum Arbeitsmarkt steht die Bundesrepublik im europäischen Vergleich nur auf Platz 18. "Wir nehmen das Geld falsch ein und wir geben es falsch aus", sagte Daniel Dettling von berlinpolis. Statt über Sozialabgaben müsse mehr über Steuern finanziert werden. Statt Eigenheimzulage und Kindergeld zu zahlen, müsse das Geld direkt in Kindergärten und Schulen fließen.

Die Caritas sieht die größten Probleme bei den gering Qualifizierten. Mit 18 Prozent Arbeitslosigkeit sei man da besonders schlecht, sagte Generalsekretär Cremer. "Das ist katastrophal für die Arbeitsmarktchancen."

Berliner Zeitung, 18.10.2006

• [Leserbrief »](#)

[Anzeige](#)



**Chance für Clevere**

Das Lebensalter in vollen Zügen genießen – mit der Fondsrente der Hannoverschen Leben.

[Mehr Informationen »](#)



**Gehalt absichern!**

Jeder 4. wird berufsunfähig! Schützen Sie sich und Ihre Familie vor finanziellen Sorgen!

[Mehr Informationen »](#)



**Life Science**

Private Equity 02 Life Science + Vorgängerfonds  
39% p.a. (IRR-Methode) + Nutzen Sie Ihre Chance

[Mehr Informationen »](#)

[IMPRESSUM](#) [KONTAKT](#) [AGB](#) [MEDIADATEN](#)

